

Für Halle vierteljährlich bei postmaler Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ansonst Zustellungsgeld.

Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für unbenutzte eingetragene Nummern wird keine Gebühr übernommen.

Saale-Zeitung.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 30 Pfg. höher aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle a. S., Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I., Telephon Nr. 501 u. 176.

Nr. 609.

Halle a. S., Donnerstag, den 30. Dezember.

1909.

Die SAALE-ZEITUNG

erscheint täglich in zwei Ausgaben als „Morgenblatt“ und „Abendblatt“ zum Preise von 3.25 M. pro Vierteljahr u. 1.09 M. für jeden Monat bei Postbezug.

ZEITUNG

Mit ihren Beiblättern „Tägliches Unterhaltungsblatt“, „Blätter fürs Haus“, „Verlosungsliste“ ist die „Saale-Zeitung“ eine grosse und reichhaltige, dabei aber doch billige Zeitung, die in der Vortrefflichkeit ihrer Quellen und Gediegenheit ihres Inhaltes von keinem anderen Blatte Mitteldeutschlands übertroffen wird.

Wer rasch und gut unterrichtet sein will, wer eine gewissenhafte, reichhaltige Tageszeitung großen Stils zu lesen liebt, welche die neuesten Nachrichten gleichzeitig mit den Berliner Blättern und bereits in der Abendausgabe die ausführlichen Kurs-Berichte der Berliner und Leipziger Börse bringt, wer ein Blatt vornehmen Charakters zu halten wünscht, der

bestelle beim nächsten Postamt die Saale-Zeitung.

Neu hinzutretende Abonnenten erhalten die noch im Dezember erscheinenden Nummern kostenlos geliefert.

Expedition: Halle a. S., Grosse Brauhausstrasse 17.

Diplomatischer Zeitvertreib.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus wird, wie die „B. Z. a. M.“ meldet, vorausichtlich in der kommenden Session eine erneute Vorlage betreffend Ankauf eines Grundstückes in Hamburg zum Bau eines Hotels für den preussischen Gesandten zugehen.

Die Geheimräthe, die den Neubau von Gesandtschaftshotels aus das Taped bringen, leiten Herrn v. Beismann-Hollweg einen schlechten Dienst, denn wenn einmal geparkt werden soll, so ist die erste Stelle, an der man es ohne den geringsten Schaden tun kann, das sogenannte „Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten“ in Preussen.

Frägt man nun, was unsere Gesandten zu tun haben, so ist darauf die Antwort schwer zu finden. Die Herren vertreiben sich die Zeit mit einer Repräsentation, die völlig überflüssig ist, weil keine realen Interessen dahinter stehen.

geordnetenhaufe die Rede kommt, was selten der Fall ist, dann ertönt kein Lob. So beflagte sich im Jahre 1894 Herr von Czernin, daß der preussische Gesandte in Stuttgart, für den Herr Miquel eine Gehaltssteigerung von 6000 M. durchdrücken wollte, die Interessen der preussischen Industrie nicht wahrnehme.

Die Namen der Gesandten erfährt man in der Öffentlichkeit nur gelegentlich, wenn bei den Reichen hoher Herrschaften aus Preußen der betreffende Ambassadeur auf dem betreffenden Bahnhofs erscheint, um seine Aufwartung zu machen.

Hausfabund und Detaillistenband.

(Ein Briefwechsel.)

Der Hausfabund hat dem „Zentralverband der Kohlenhändler Deutschlands“ auf ein Gesuch, Stellung zu nehmen gegen die Bestrebungen auf Ausschaltung des Zwischenhandels, folgendes Schreiben gefandt:

Ihre Ausführungen finden in höchstem Maße unser Interesse. Der Hausfabund ist danach durchdrungen, daß vor allem Handwerk und Detaillistenband sich in einem schweren wirtschaftlichen Kampfe befinden und daß es eine der wichtigsten Aufgaben des Hausfabundes sein wird, diese Kreise hierin zu unterstützen.

Der „Zentralverband der Kohlenhändler Deutschlands“ hat daraufhin das folgende Schreiben an den „Hausfabund“ gerichtet:

Wir danken Ihnen und geben selbstverständlich die Genehmigung, von unseren Ausführungen über das wirtschaftliche Verhalten der Beamten jeden Gebrauch zu machen. Je mehr sich der Hausfabund zum öffentlichen Vertreter auch des Detaillistenbandes aufwirft und der Allgemeinheit die berechtigten Interessen desselben näherbringt, um so mehr wird der Hausfabund zu einem schützenden Obdach für die breiten Schichten aller selbständigen Berufs in Handel und Gewerbe.

Deutsches Reich.

Die entpanzerzte Faust.

Eine dreiste Geschamlosigkeit leisten sich die Londoner „Daily News“, die aus den Braunschweiger Festtagen folgende verfrühte Festnachricht verbreiten:

„Nach der Tafel, als alles in allerbesten Stimmung war und eine Kapelle vor dem Schloß sonorierte, lehnte sich der König von Bulgarien zum Fenster hinaus, um die Musik besser zu hören und die darunter prominierende Volksmenge bequemer zu betrachten.

„Ich muß Euer Majestät bitten, solche handgreifliche Scherze zu unterlassen!“ Der Kaiser, von solcher unermessenen Humorlosigkeit befremdet, schwante einen Augenblick, dann verließ er das Gemach.

König Ferdinand fügte sich in seiner jungen Königwürde so tief verletzt, daß er erwartete, der Kaiser werde sich doch in irgend einer Form entschuldigen. Das Ende war aber, daß die beiden Monarchen einander schämten, und daß König Ferdinand Braunschweig verließ, ohne sich vom Kaiser zu verabschieden.

Es bedarf für denkende Leute nicht erst der Versicherung, daß die geschmacklose Nachricht von der deutschfeindlichen englischen Presse glatt erlogen ist. Wer jemals Gelegenheit hatte, die feine und liebenswürdige Art des Kaisers zu beobachten — sei es auf dem Parkett des Schloßes oder am Jagdfeuer, der weiß, daß solche Spähsen, wie sie die „Daily News“ erzählen, nicht dem Wesen Kaiser Wilhelms entsprechen.

Schlimme Folgen der Schutzzölle.

Ein drastisches Beispiel, wie sehr unser Schutzsystem die deutsche Industrie schädigt, liefert die Linoleumindustrie.

Diese in Deutschland noch verhältnismäßig junge Industrie ist durch Zölle von 10, 12 und 18 M. geschützt, obwohl die Höchst-Einfuhr in Deutschland 15 304 D.-Ztr. nie übersteigt und bis auf etwa 553 D.-Ztr. gekunten ist. Die Ausfuhr aber liegt alljährlich bei 125 871 D.-Ztr., beträgt also das 22fache der Einfuhr oder ca. 30 p. h. der Gesamtproduktion. Die Produktionsfähigkeit der deutschen Linoleumfabriken ist aber damit bei weitem nicht ausgenutzt, und die Ausfuhr könnte noch sehr erheblich gesteigert werden, wenn die Erhöhung der Zölle in Deutschland nicht viele andere Länder veranlaßt hätte, auch ihrerseits die Zölle zu erhöhen.

Wie viele Fertigungsindustrien mögen wohl unter dem gleichen Mißverhältnis ihren Export geschädigt sehen, ohne im Inland von eigener Schutzzoll einen Nutzen zu haben?

Juristisches zum Fall Kwickeli.

Der bekannte Verteidiger Justizrat Dr. Mammoth (Breslau) hat in der „Breslauer Zeitung“ Glossen zum Kwickeli-Prozess veröffentlicht, in denen er über die Rechtsfolgen des jetzt ergangenen oberlandesgerichtlichen Urteils interessante Ausführungen macht.

Mammoth kommt zu dem überraschenden Ergebnis, daß das Urteil des Oberlandesgerichts zwar, wenn es rechtskräftig werde, dem jungen Grafen Kwickeli ein Majorat kosten könne, daß es aber seinen gräflichen Namen und seine Stellung als Mitglied der Familie Kwickeli nicht tangiere. Der Knabe werde von Rechts wegen bis an sein Lebensende Graf Kwickeli heißen.

Soweit kann man der Auffassung Mamroths wohl ohne weiteres folgen; seine weiteren Schlussfolgerungen aber läßt Mammoth ohne ausreichende Begründung. Er sagt: da das Urteil im Prozeß Kwickeli nur für die Parteien und nicht gegen Dritte wirkt, so könne der Standesbeamte nicht etwa auf Grund dieses Urteils die Geburtseintragung des Knaben ändern.

Berichtigung kann nach § 55 nur auf Grund einer Anordnung des zuständigen Amtes erfolgen, dessen Entscheidung von der Aufsichtsbehörde des Standesamtes anrufen wird, wenn ein daingehender Antrag gestellt wird oder wenn die Amtswegen eine Berichtigung erforderlich ist. Es ist uns nicht klar, welche juristischen Momente die Aufsichtsbehörde und das Amtsgericht hindern sollten, den im § 15 verlangten Nachweis der Unrichtigkeit der Eintragung als durch das oberlandesgerichtliche Urteil, wenn es rechtskräftig wird, erbracht anzusehen und demgemäß eine Berichtigung der Eintragung zu veranlassen. Nach dem Inhalt der Statutenlage durch die Frau Meyer als Rechtsanwältin eine Auffassung, die uns anfänglich zu sehr scheint. Frau Meyer ist nach der Meinung Mamoths überhaupt nicht in der Lage, eine eigentliche Statutenlage aufzustellen, da nach dem Allgemeinen Preussischen Landrecht — auf das sich Mamoths bezieht, weil der junge Graf vor 1900 geboren ist — der alte Graf Bogislaus Kwidetz zu einer solchen Klage legitimiert sei. Aber die Bestimmungen des Preussischen Landrechts, die Mamoths hier im Auge hat, betreffen die Ansetzung der Eheleute eines Kindes durch den Ehemann der Mutter; sie sehen voraus, daß der Geburt des Kindes durch die Frau feststeht, sind also auf den Fall Kwidetz nicht anwendbar.

Die Konkurrenzklause der Handlungsgehilfen.

Die Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen für die Konkurrenzklause der Handlungsgehilfen wird neuerdings in Eingaben an den Reichstag gefordert. Dazu schreibt man der „Völkischen Zig.“:

Schon seit Monaten löwen Verhandlungen zwischen verschiedenen Reichstagen über eine Abänderung der §§ 74 und 75 des Handelsgesetzbuchs. Die seit 1898 gültigen Bestimmungen haben den Reichstag gemacht, der früher vielfach zu nachgehenden Konkurrenzverboten die Schranke zu ziehen. Aber nach den Erfahrungen der Kaufmannsgerichte erwies sich die Bestimmungen der betreffenden Paragraphen heute nicht mehr als ausreichend, so daß eine weitere Einschränkung oder sogar völlige Beseitigung der Konkurrenzverbote gefordert wird. Die hierzu der Reichsregierung vorliegenden Anträge sehen sehr verschiedene Forderungen auf. Einmal soll eine Vereinbarung zwischen Prinzipal und Handlungsgehilfen für letzteren nur indomet verbindlich sein, als die Befristung nach Zeit, Ort und Gegenstand nicht eine unbillige Ergrünerung des Fortkommens des Handlungsgehilfen bedeuten. Weiterhin soll die Konkurrenzklause nur zulässig sein bei Angestellten, die mindestens 3000 Mk. Jahresgehalt beziehen. Als Höchstgrenze für die Zeit der Befristung wird allgemein ein Jahr verlangt. Weiterhin wird vorgeschlagen, daß die vermittelte Entlohnung des Jahresentlohnens des Handlungsgehilfen nicht überlegen darf. Von verschiedenen Seiten wird auch die Forderung erhoben, daß während der Gültigkeitsdauer des Konkurrenzverbots die Fortzahlung des Gehalts an den Handlungsgehilfen erfolgen soll. Und während ein Teil der Kaufmannsgerichte grundsätzlich jede Konkurrenzklause verwirft, wollen andere sie dort als zulässig gelten lassen, wo der Prinzipal ein berechtigtes Interesse nachweisen kann. Alle diese verschiedenen Vorschläge dürften bei den Beratungen zwischen dem Reichstag eine eingehende Prüfung erfahren.

Aus sechs Rote Kreuz-Schwefeln.

D. E. K. kurz vor Weihnachten drang das Zentrum in der bayerischen zweiten Kammer einen Antrag zum Zweck, den neuen Bewußt, wie eifrig die Wittensmonaten nach Kaufrückempfehlung. Es handelte sich um die Befristung von 6 Schwefeln des bayerischen Roten Kreuzes für das Münchener Garnisonlazarett. Das Kriegsministerium hatte vor einigen Jahren dem Roten Kreuz die Verwendung versprochen, da eine in Aussicht genommene Anstellung in Augsburg hinterzogen worden war. Trotzdem erhob jetzt das Zentrum Widerspruch, eine Redner Meilen leidenschaftliche Reden über Benachteiligung der bayerischen Schwefel, von denen sie behaupteten, daß sie unter allen Umständen immer an erster Stelle zur Verwendung kommen müßten; und diese Reden, aus denen der bayerische Bürger entnehmen muß, daß man in Bayern die katholische Krankenpflege in Kriegs- und Friedenszeiten für wichtigste Zwecke am liebsten unterdrücken möchte, machen nun die Kunde durch die Zentrumskammer. Dabei gab es unter den 12 Krankenpflegerinnen bisher 8, die barmherzigen Schwestern stellten, und das Rote Kreuz, das unter dem Protektorat der Prinzessin Ludwiga liegt, zählte überdies zu zwei Dritteln katholische Pflegerinnen. Nicht nur Unrecht wurde unter diesen Verhältnissen dem Zentrum der Vorwurf gemacht, daß es nur eine Scheinparität zugehen wolle und auch im Heereswesen am liebsten überhaupt nicht mehr den Rechten der großen konfessionellen Minderheit in Bayern Rechnung tragen möchte. Hat doch schon ein Zentrumslid, die „Augsb. Volkz.“, allen Ernstes vorgeschlagen, daß man auch die Garnisonen nach konfessionellen Gesichtspunkten bilden solle.

Parteinachrichten.

Volkswirtschaftliche Unterrichtsfrage.

Arbeitsminister Crelenz: Berlin schreibt der „Liberale Korrespondenz“: Der Liberalismus ist leider noch nicht organisatorisch-technisch auf der Höhe. Hier ist Schulung nötig. Anlaß zu diesen Erwägungen geben Erfahrungen aus der jüngsten Zeit. Der Verband der deutschen Gewerbetreibenden hat in der Zeit vom 22. November bis zum 18. Dezember fünf und dreißig seiner Mitglieder einen Kursus veranstaltet. Es handelte sich um einen ersten Versuch. Er lehrte, wie Leute, die, aus der Praxis allein herausgewachsen sind und diese gut beherrschen, eine Reihe einfacher, mehr wissenschaftlicher Dinge nicht kennen und deshalb sich nur mit großer Schwierigkeit einarbeiten können. Hier konnte man erkennen, wie die Erfahrungen älterer Führer, den Schülern übermittelt, die einer starken geistigen Erziehung gaben. Nach allen Seiten blickend sah solche Kurse. Sie ziehen eine Reihe tüchtiger, selbstständiger Kräfte heran, die sonst in der Spitze ihrer Kräfte gefehlt oder vielleicht auch in andere Organisationen übergeben wären, in denen ihnen mehr Tätigkeitsfeld geboten wird.

Es erscheint an der Zeit, diese Organisationsfragen gerade jetzt den Liberalen nahelegen. Keine Stunde wäre geeigneter, einen großen Zug auch in die Organisationsarbeit des Liberalismus zu bringen, als die jetzt bevorstehende Einigung.

Schon nachfolgt. Als Kandidat für das Reichstagsmandat des Wahlkreises Elbnach-Verndach, das „Triolet“-Schad inne-

hatte, ist von den Nationalliberalen Herr Krug aufgestellt worden. Gegen diese Kandidatur hat sich, wie ein Privattelegramm der „B. Z. n.“ aus Elbnach meldet, eine Verammlung des freilinnigen Wählervereins ausgesprochen, weil Krug dem Bunde der Landwirte angehört, die Freilinnigen aber grundsätzlich nur zur Unterstützung eines dem linken Flügel der nationalliberalen Partei angehörigen Kandidaten bereit sind.

Kleine politische Nachrichten.

Die Dienststellen der Beamten. Die Ausgaben für die Dienststellen der Beamten werden durch Gesetz neu geregelt werden. Die Berliner Politischen Nachrichten berichten darüber: Bei näherer Prüfung der Sachlage wird man erkennen müssen, daß die bis aus Tage geübten und Reifezeiten zusammengehörigen Vergütungen für Dienststellen aus noch stützender der Kilometergeber noch vielfach den wirklichen Betrag des Aufwandes übersteigen, den die Beamten für ihre Dienststellen tatsächlich zu machen haben. Hierin liegt wiederum der Anreiz zu Dienstreisen über das wirkliche Bedürfnis hinaus. Jetzt, wo es der strengsten Sparmaßregel bedarf, um Einnahe und Ausgabe im Gleichgewicht zu halten, können diese Einrichtungen nicht mehr beibehalten werden. Die Staatsregierung wird daher dem Landtage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den die Vergütung der Beamten für Dienststellen neu geregelt wird, und zwar auf der Grundlage der von den Beamten selbst für die Dienststellen aufzubringenden Kosten.

Die Beschwerten der Rationierbeamten abgesetzt.

Wie die Rationierbeamten Zeitung meldet, sind vom Kultusminister die Beschwerten der wegen ihrer Abmischung bei den Stadtverordnetenwahlen im Interesse des Dienstes nach kleinen Landgemeinden verlegten Lehrer für unbegründet befunden und die Beschwerten abgesetzt worden.

Weißer Geist in deutschen Schulen herrschen soll.

Vor kurzem hat der preussische Kultusminister als Gast bei der Einweihung der 300. Gemeindegasse in Berlin eine Ansprache gehalten, an der niemand etwas Besonderes aufgefallen ist. Dem konservativen „Reichsboten“ aber wird mitgeteilt, es habe manche Kreise unangenehm berührt, daß der Kultusminister, als er vor dem Geiste sprach, der in der Schule herrschen solle, nicht in bestimmter Weise den schriftlichen Geist als den bezeichnete, der die Schulen des deutschen Volkes erfüllen muß, sondern in abgeschliffener Weise von dem „Geist der Liebe“ sprach. Also nicht fromm und nicht konfessionell genug scheint der Minister dem Reichsboten zu sein.

Gemeindevertrauenssachen. Der Finanzminister und der Minister des Innern machen bekannt, daß die Erhebung einer Gemeinde-Vertrauenssache von altschulischen Geistlichen, die Geistlichen, Kinnonden, Pfaffen, Kinnonden aus grundsätzlichen Erwägungen nicht für zulässig erachtet werden kann.

Heer und Flotte.

Neue Kaiserflaggen? Zu der Mitteilung Berliner Blätter über neue Kaiserflaggen teilen die „Kleinen Nachrichten“ mit, daß die sogenannte Wappenflagge bereits 1908 auf der „Hohenzollern“ gehißt, also nicht die Bezeichnung „neue Kaiserflagge“ verdient. — Die von einer kleiner Korrespondenz verbreitete Mitteilung, daß die Besatzung sämtlicher Kriegsschiffe einen Teil des für Weihnachten bestimmten Kanonensfonds für die Hinterbliebenen der kürzlich verunglückten „Finkenau“ als Weihnachtsgeschenk bestimmt haben, gründet den „Kleinen Nachrichten“ zufolge nicht den Tatsachen.

Am 29. Dez. fuhr der Kreuzer „Suffarb“ der ostasiatischen Station nach dem kleinen Kreuzer „Sakona“ der ostasiatischen Station 1910 in die Heimat zurück und die Flotte streichen. Die Linienfähre „Abeiland“ und „Koblen“, die kleinen Kreuzer „Calm“, „Emden“ und „Münster“, das Vermessungsschiff „Möwe“ und das Kanonenboot „Eber“ sollen für den Dienst in der Heimat und in Auslande unter die Flotte treten. Sie werden sich an dem politischen Dienst in Ostasien, Ostafrika und Westafrika beteiligen. Bis auf die „Möwe“ und den „Eber“ sind alle Schiffe neu. Kommandant Gübler schießt sich an Stelle des heimkehrenden Kommandanten v. Angenohl als Gesandter auf Bord des Flaggschiffes „Scharnhorst“ ein. Angenohl ist Rheinländer. Er kommandierte während des japanisch-chinesischen Krieges (1894 bis 1896) das Ostasien stationierte alte Kanonenboot „Tits“ und trat als solcher zum Jahre deutscher Interessen in Aktion. 1905 bei der Zusammenkunft von Bismarck führte er die „Hohenzollern“. Sein Nachfolger war Kommandant Erich Gübler. Von 1898 bis 1899 war er Kapitän der Zentralstation im Reichsmarineamt und wurde dann zum Marineattaché bei der deutschen Gesandtschaft in Tokio ernannt. Diesen Posten bekleidete er von 1899 bis 1903, also während der gemeinsamen Reisen. Nach der Rückkehr in die Heimat befehligte Gübler nach einander den Panzerkreuzer „Prinz Heinrich“ und das Linienfährenschiff „Kaiser Karl der Große“, beide zur aktiven Schiffsflotte gehörig, vor dem 1905/06 Lehrer an der Marineakademie, von 1906 bis 1908 Chef des Admiraltabs der Nordsee-Station und wurde im Herbst 1908 zum 2. Admiral des 3. Geschwaders ernannt. Kommandant v. Nibel, bisher Kapitän zur See, kommandierte 1908/09 das kleine Kreuzer „Trauenloos“ und war von 1904 bis 1906 als Abteilungsleiter in der Admiralität der Marine tätig. Seit Herbst 1907 war er Kommandant des Torpedoschiffes „Münsterberg“, welches Kommando er in Herbst an den Kapitän zur See Franz Schab. Kommandant Nibel ist jetzt mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Admirals der 2. Marine-Inspektion beauftragt. Der durch Admiralität-Rathschreiber vom 20. Dezember zum Kommandanten ernannte bisherige Kapitän zur See Heinrich Sach ist Mecklenburger. Er wurde 1899 in Rostock geboren und trat 1878 in die Kaiserliche Marine. Von 1904 bis 1907 war Sach Vorstand des Zentralreferats der Westflotte, wurde zum Kommandanten des Linienfährenschiffes „Lothringen“ und zum Herbst 1909 für den zum Kommandanten von Selgoland ernannten Kommandanten Schöder mit Wahrnehmung der Geschäfte des Inspektors der 2. Marine-Inspektion beauftragt. Er stand dann kurze Zeit zur Verfügung des Chefs der Disposition und wurde am 11. Dezember d. J. zum Präsides der Schiffsprüfungskommission ernannt.

Raifer- und Personalnachrichten.

* Der Kaiser ist vorgestern abend von Berlin nach dem Neuen Palais bei Potsdam zurückgekehrt.
* Der Herzog-Regent Johann Albrecht und die Herzogin Elisabeth haben gestern vormittag die Reise nach Schweden und Dänemark angetreten.
* An Stelle des verstorbenen Dr. Siegel ist Senatspräsident Böhm zum Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts ernannt worden. Seit 1905 war er Senatspräsident. Mehrere Jahre lang war er auch Mitglied der Bürgerkammer.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende Ordensverleihungen: Der ordentliche Professor in der juristischen Fakultät der Universität Breslau Geh. Justizrat Dr. Felix Dahn ist erbeholden dem Stern zum königlichen Kronenorden zweiter Klasse, der Klotzregimentsführer Herzoglich anhalt. Amiral Ludwig Pöschel zu Kletten im Kreis Zerbst den Roten Adlerorden 4. Klasse. Ferner hat der König von Preußen den nachbenannten Offizieren, die der Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen niederen Ordenskreuze, und zwar: des Königl. bayerischen Militärordenförderns zweiter Klasse mit dem Stern; dem Generalleutnant v. Wolke, Kommandanten von Koblenz und Ehrenkreuz; des Samarkandens zweiter Klasse des Herzoglich Sachsen-Erlehnischen Hausordens; dem Major a. T. v. d. M., Kommandant der Unteroffiziers-Schule in Trepzau a. S.; der demselben Orden angehörigen Verdienstmedaille in Gold; dem Bismarckmedaille Bäume im 3. Thüringischen Infanterieregiment Nr. 71; der demselben Orden angehörigen Verdienstmedaille in Silber; dem Feldwebel Hänschen und dem Unteroffizier Bloßfeld, beide in 3. Thüring. Infanterieregiment Nr. 71, und dem Bismarckmedaille in 2. Kurhess. Infanterieregiment Nr. 82; des Ritterkreuzes erster Klasse des Herzoglich Anhaltischen Hausordens Albrechts des Bären; dem Rittmeister v. Baldaus im Westfäl. Dragonerregiment Nr. 7; des Fürstlich Schwarzburgischen Ehrenkreuzes 2. Klasse; den Leutnants Hornburg und Köhneke in 7. Thür. Infanterieregiment Nr. 96; der Fürstlich Schwarzburgischen Ehrenmedaille in Silber; den Sergeanten Penziger und Nummer in demselben Regiment; der Fürstlich Schwarzburgischen Anerkennungsmedaille in Bronze; dem Geleiteten Gerlach in demselben Regiment.

Ausland.

Zurückdrängung deutscher Interessen in der Türkei.

— Seit einiger Zeit — so wird dem „B. Z.“ von unternährlicher Seite geflüstert — macht die deutsche Gesandtschaft die Beobachtung, daß ihre Interessen in der Türkei offensichtlich durch türkische Raubzüge in den Hintergrund gedrängt oder völlig ignoriert werden. Es zeigte sich dies schon bei der Vergebung der Konstantinopeler Substantiale. Obgleich hierbei eine deutsche Gruppe das Höchstgebot abgegeben hatte (94,500), wurden nach Ablauf der Einlieferungsfrist auf Grund dieser Höchstgebote noch Verhandlungen mit anderen ausländischen Firmen gepflogen und dem Resultat, daß die Anleihe schließlich nach England vergeben wurde.

Ein ähnlicher Vorgang spielte sich jetzt ab bei der Konzeptionierung einer Telephonanlage für Konstantinopel. Nach der im Oktober dieses Jahres erfolgten Ausschreibung liefen im ganzen 10 Bewerbungen ein. Drei Angebote kamen von deutschen leitungsfähigen Großfirmen. Die zur Prüfung der Firmen eingeleitete technische Kommission war übereinstimmend der Ansicht, daß eine der deutschen Offerten nach jeder Richtung hin die günstigste sei und den Vorzug vor allen anderen verdienen. Trotzdem wurde von gegenüber Seite mit dem englisch-französisch-amerikanischen Syndikat, das gleichfalls ein Angebot gemacht hatte, weiter verhandelt, und es hat den Anschein, als wolle man auch hierbei wieder das englische Kapital gegenüber dem deutschen bevorzugen. Es soll nämlich ein neues Latenteinlagen ausgehoben werden. Eine hervorragende Persönlichkeit hat sich für ja, wie verlautet, von vornherein dahin ausgesprochen, daß bei Abbruch dieses Geschäftes nicht allein Gesichtspunkte rein technischer und wirtschaftlicher Natur, sondern auch andere Elemente maßgebend seien.

Gegen das hier beschriebene Umgebungsverhalten ist von deutscher Seite bereits Protest erhoben worden, der aber jedenfalls wenig nützlich war. Der spiritus motor der Stimmung gegen deutsche Geschäftsinteressen scheint der türkische Finanzminister Dschawid bei zu sein.

Dem Gedächtnisse Gladstones.

Der Engländer feierte gestern den 100. Geburtstag William E. Gladstones. Sein Denkmahl am Strand vor der St. Clementskirche war mit Kränzen bedeckt, die aus allen Teilen der Welt zur Ehrung des Gedächtnisses des großen liberalen Staatsmannes eingetroffen sind: Jo aus Griechenland, wo des Hellenenfreundes dankbar gebacht wird, aus Armenten, zu dessen Gunsten er als Premierminister und selbst nach seinem Rücktritt vom politischen Leben seine einflussreiche Stimme erhob, aus Bulgarien, dessen Erdrückung durch die Türken er durch seine berühmte Schrift 1876 aller Welt enthüllte, und aus Italien, wo er seit 1851 wegen seiner Fortschritt gegen das Sardinienregiment das „Re Bomba“ gefeiert wird.

Aus Bulgarien war sogar eine besondere Deputation nach London gekommen, um auf Gladstones Grabmal in der Westminsterabtei einen silbernen Kranz im Werte von 5000 Mark niederzulegen. Diese Abkunft konnte indessen nicht verwirklicht werden, da dies mit den Hausregeln der Abtei unvereinbar wäre. Die Bulgaren wollten nunmehr den Kranz auf dem Sockel des Gladstone-Denkmalms am Strand niederlegen, doch muß die Polizei dies nicht gehalten, weil die Gefahr vorliegt, daß der wertvolle Kranz gestohlen werden könnte.

In sämtlichen liberalen Klubs fanden Feiern statt, in denen das Andenken Gladstones gefeiert wurde. Das glänzendste Festmahl dürfte das des „Eighty Club“ gewesen sein, dessen Präsident Gladstone 1855 bis 1899 war. Die „Central Library“ in dem Süd-Londoner Vorort Southwark veranstaltete eine Ausstellung von Gladstone-Reliquien, zu der namentlich die Tochter des verewigten Staatsmannes, Miss Helen Gladstone, wertvolle Beiträge schickte. — In Athen fand eine große Gladstone-Feier statt, welcher der König beiwohnte. — Im New York hat schon vorgetztern ein Gladstone-Bankett stattgefunden; die Festrede hielt der englische Botschafter James Bryce.

Graf Cavone und das englische Oberhaus.

In dem Tagebuch, das der große italienische Staatsmann in seinen jüngeren Jahren geführt hat, findet sich ein Passus, der gegenwärtig nicht ohne großes Interesse ist. Er gehört dem Jahre 1834 an und bezieht sich auf das Verhalten des englischen Oberhauses, das in jenen Jahren, von 1830 gegen das Whigministerium befehl, dessen Eintritt im Jahre 1830 einer Pflanzung ununterbrochen Herrschaft der Tories ein Ende gemacht hatte und eine lange Reihe gegenwärtiger Reformen aufhalten sollte, diesen alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg zu legen beabsichtigte. So lehnten die Lords am 11. August 1834 die sog. Zweisehnenbill ab, die übermäßiger Staatsanpruchnahme der katholischen Geistlichen für die anglikanische

Kirche ein Ende machen sollte. Darüber schrieb der damals 24jährige Casour in sein Tagebuch:

Die Lords haben die trübe Zehnminut vorzuziehen: haben einige Zeilerfolge bei Remnahmen ihre Augen geendet oder glauben sie von dem Wort der Gemeinen (die die Bill am 5. August angenommen hatten), an das Wort appellieren zu können. Alle Anträge, große und kleine, sind vom Schwimmbrett gesunken. Die Stunde hat gelassen, sie müssen untergehen und der Himmel, um sie für ihre früheren Sünden zu strafen, verteilt sie, selbst das Wort der Forderung zu befehlen!

So schnell, wie Casour glaubte, ist es freilich mit dem Untergang der Aristokratie nicht gegangen. Unvergleichbar aber liegt heute, nach 70 Jahren, in England eine ganz ähnliche Situation vor, wie damals: wird sich dieses Mal das Wort Casours als prophetisch erweisen?

Eine neue morganatische Ehe am Zarenhofe.

Der bisher so selten an die Öffentlichkeit getretene frühere Thronfolger Großfürst Michael Alexandrowitsch, der Bruder des Zaren, nach wieder von sich reden. Im verflochtenen Frühjahre hatte sich der Großfürst in die Frau eines Kameraden von Garibaldi's Regiment verliebt und bekundete die Absicht, sich mit ihr zu vermählen. Da eine ähnliche Sache bereits vorgegangen war, so wachte man diesmal energischer Mittel an, welche der Großfürst als Kommandeur eines Infanterie-Regiments nach Orel und glaubte die Matrike damit erledigt. Man täuschte sich jedoch, denn jetzt verläutet in der Petersburger Gesellschaft mit Bestimmtheit, der Großfürst habe die betreffende Dame, nach erfolgter Scheidung von ihrem Gemahl, morganatisch geheiratet und in Moskau in einem von ihm gekauft und äußerst luxuriös eingerichteten Hause eingewohnt. Zugleich kursieren in Petersburg Gerüchte, daß der Großfürst, dessen schlechtes Aussehen allgemein auffällt, an einem schweren inneren Leiden erkrankt sei.

Zur türkischen Kabinetsbildung.

Die Konstantinopel wird gemeldet: Die Mehrheitspartei hielt eine Fraktionsversammlung ab, in der die Bedingungen diskutiert wurden, die Sakfi-Vel telegraphisch an die Übernahme des Großwesens gemittelt hat. Trotzdem zwischen der Kammerherren und diesem von Hülm-Bascha selbst dem Sultan empfohlenen Kandidaten völlige Uebereinstimmung noch nicht erzielt ist, beschloß die Partei mit überwiegender Mehrheit die Abwendung einer Deputation, in der Sakfi-Vel nach Konstantinopel berufen wird zwecks weiterer Verhandlungen. Sollten diese Verhandlungen scheitern, so würde Said-Bascha, dessen Verhältnis zur Mehrheit ausgezeichnet ist, mit der Kabinetsbildung betraut werden.

Was wird aus Cypallos?

Nach einem in Wien aus Athen eingetroffenen Telegramm dürfte Cypallos ohne Strafe davonkommen. Die Liga hat nämlich dahin erkannt, daß der Ruf des Cypallos patriotischen Gefühlen entspringt. Da Cypallos jedoch vom Gericht zur Verantwortung gezogen werden soll, wird eine Deputation der Liga dem König eine Amnestie empfehlen, die auch bei dem großen Einfluß der Liga hinsichtlich sämtlicher Mitglieder des Rufes erfolgen wird. Es verläutet jedoch, daß eine solche Amnestie nur möglich ist, wenn Cypallos nach ihr den Dienst quittieren würde.

Kleine Tagesnachrichten.

Italien und das deutsch-französische Marocco-Abkommen. „Popolo Romano“ sagt in seiner Kritik der auswärtigen Politik Frankreichs aus Anlaß der jüngsten Kammerdebatte: Wir uns haben die Erklärungen Fishons ein indirektes Interesse in dem Sinne, als das deutsch-französische Abkommen eine befriedigende Deutung, eine Besserung in der diplomatischen Lage Europas bedeutet, so daß das neue Jahr unter einem guten Stern beginnt.

Förderung der italienisch-russischen Handelsbeziehungen. Der russische Staatsrat Tsemeloff ist auf einer Propaganda-reise zur Förderung der italienisch-russischen Handelsbeziehungen nach Mailand gekommen und legte den Vertretern der Handelskammer, des Handelsmuseums und der Handelskassen seit vom Handelsminister Luzatti warm empfohlenes Projekt auseinander, in Richtung italienische Handelskammern zu errichten, und fand allgemeinen Beifall und Unterstützung weitgehender Unterstützung.

Ein Rentonre des Major Dreyfus. Major Dreyfus hatte auf einem Spaziergange ein Rentonre mit einem Konalisten, wobei es zu Tätlichkeiten kam. Die Sache dürfte bei Gericht anhängig gemacht werden. Stadt verhafteter Anarchisten. Die in Odenburg verhafteten französischen Anarchisten Pettit und Bern sind aus dem Gefängnis entflohen. König Manuel in Oporto.

Der Besuch des Königs Manuel in Oporto hat in der republikanisch gesinnten Stadt großen Entzusemismus für den jungen König erzeugt. Der Monarch bestieg die Terrassen, die am meisten von den Hüften geliebt haben. Bei jedem Schritt war er von Kotelebenden umgeben, die seine Hüfte anheben. König Manuel konnte kaum die Thronen zurückhalten, als er sah, welches Elend in der betroffenen Stadt herrschte. Er richtete trübende Worte an das Volk und verteilte selbst Gelder an die Kotelebenden.

Kongresse und Verbandstage.

Zweite Vertreterversammlung des Preussischen Lehrervereins.

(Nachdr. verb.) S. u. H. Magdeburg, 28. Dez. Unter zahlreicher Beteiligung von Delegierten aus allen Teilen der Monarchie trat heute hier im Prunksaal des „Gartenhofs“ die 2. Vertreterversammlung des Preussischen Lehrervereins zusammen, nachdem bereits gestern eine interne Vorstandssitzung stattgefunden hatte. Die Versammlung hat sich mit einer Reihe von Anträgen zu beschließen, die von den Provinzialverbänden ein- und nach sich auf die materielle und intellektuelle Hebung des Lehrberufes beziehen. Verschiedene Anträge richten sich gegen die Unzufriedenheit bei der Festsetzung der Monatsgebührens-

tarife durch die Provinzialräte. Mehrere Anträge führen Klage darüber, daß die Lehrer auf verschiedenen Gebieten unersetzlich hohen Lebens noch unter einer Art von Ausnahmestellung zu leiden haben. So werde auf die Lehrer bei Abfälligen häufig ein Druck ausgeübt, um sie zu veranlassen, das Amt eines Lehrers zu übernehmen. Ferner beklagen die Lehrer nicht die Wohlbarkeit der kommunalen Körperschaften. Die Anträge fordern die Beschäftigung dieser Ausnahmestellung. Ein Antrag kommt richtet sich gegen die vor kurzem verfallene Bestimmung der Ferien an den Volksschulen. Ein Antrag Bösen verlangt für die Lehrer eine bestimmte Rangstufe, um der

unwürdigen Behandlung der Lehrer

bei der Bemessung von Zeugengebühren und Laogeldern ein Ende zu machen. Die Ausführung des Lehrerbildungsgesetzes hat in manchen Gegenden zu Klagen Anlaß gegeben. Die Originalurkunden sind an verschiedenen Orten hinter den Erwartungen der Lehrer zurück oder ganz ausgefallen. Der Frage der Lehrerbildung und Schulaufkündigung hat der geschäftsführende Ausschuss fortgesetzt keine Aufmerksamkeit zugewandt. Er bekräftigt eine siebenjährige Ausbildungszeit und verlangt, daß den Lehrern die Möglichkeit gegeben werde, sich auf der Universität weiter zu bilden.

(Nachdr. verb.) S. u. H. Magdeburg, 29. Dez. 1909.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des 2. Preussischen Lehrervereins gab der Vorsitzende, Rektor Reismann (Magdeburg) des Hinnebens des früheren Kultusministers S. H. H. an den neuen Kultusminister Trott zu Solz wurde dem Begrüßungsbelegramm angehängt. Der Geschäftsbericht verursachte eine längere Erörterung, in deren Verlauf Lehrer Pautsch (Berlin) im Auftrage der Berliner Lehrerschaft den Antrag stellte, die

Frage des Disziplinargesetzes

auf die Tagesordnung des nächstjährigen Preuss. Lehrertages zu setzen. Der Vorsitzende teilte hierzu mit, daß der Vorstand des Preussischen Lehrervereins in dieser Angelegenheit eine Petition an das Staatsministerium eingereicht habe. Es gelangte dann folgende Resolution zur Erörterung, die Lehrer Boer (Magdeburg) im Auftrage des Verbändevorstandes der Tagung vorlegte:

„Nach bisher unüberprüften geliebten Nachrichten hat der Abgeordnete Herzold auf einer in Breslau abgehaltenen Versammlung folgendes ausgeführt: Wir wollen, weil jetzt die Gemeinden größeren Einfluß auf die Stellenbesetzung erlangt haben, als früher, daß unsere Aufmerksamkeit richten, daß an tatsächlichen Schulen nur mehr Lehrer zur Anstellung gelangen, die wirksam Mitwirkende der katolischen Lehrerbereine sind. Der Preussische Lehrerverein prüft dieser Forderung gegenüber seine lebhafteste Entrüstung aus. Er muß jeden Versuch, bei Ausübung des Lehrermehrtrahes seitens der Gemeinden Rückstufen der erwähnten Art nachgeben werden zu lassen, als nicht im Schul- und Lehrerehre liegend bezeichnen und fordern, daß nur die pädagogische Tüchtigkeit des Lehrers bei seiner Wahl als ausschlaggebend erachtet wird.“

Unter lebhaftem Beifall gelangte diese Resolution einstimmig zur Annahme. Weiterhin wurde ein Antrag angenommen, eine

Statistik über das Schulwesen

insbesondere über die Schulverhältnisse in Preußen, wie sie nach dem neuen Gesetz in Kraft getreten sind, aufzustellen. Der Vorstand beantragte hierzu:

„In jedem Kreisverband ist das auf die Schulverhältnisse, insbesondere auf die Besetzung der Lehrkräfte an Volksschulen bezügliche Material zu sammeln und für jeden Schulortstand bzw. Gesamtschulortstand des betreffenden Landrätlichen Kreises in ein besonderes Altentafel, eine Art Grundbuch (Matrize) einzutragen, das regelmäßig weitergeführt und in seinen Angaben alljährlich berichtigt und ergänzt wird. Diese regelmäßige statistische Arbeit wird aber noch solange hinausgeschoben, bis die auf Grund des Schulgesetzes erfolgende Neuorganisation der Schulverhältnisse der Lehrer mit einem einheitlichen Statistiken und meinte, daß die Ausstellungen und Wünsche dieses Lehrers im großen und ganzen auch auf die Schule zu treffen.“

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf den dann zur Verhandlung gelangenden Antrag Hannover:

Die Reform der Verwaltung in ihrer Bedeutung für die Schule und ihre Lehrer.

Der Referent Diekmann (Magdeburg) nahm in seinen Ausführungen Bezug auf einen Vortrag des Unterrichtsprofessors Siebermann über die Verwaltungsreform auf einen Rheinischen Städte- und meinte, daß die Ausstellungen und Wünsche dieses Lehrers im großen und ganzen auch auf die Schule zu treffen.

Nach einer eingehenden Debatte gelangte einstimmig nachstehende Resolution zur Annahme:

„Die 2. ordentliche Vertreterversammlung des Preussischen Lehrervereins erhofft von der bevorstehenden Verwaltungsreform eine bezwägende Gestaltung der preussischen Schulverwaltung, daß

1. die Verwaltung des gesamten höheren und niederen Schulwesens einem besonderen Unterrichtsministerium übertragen werde,
2. in allen Anlässen der staatlichen Schulverwaltung, Lehrer und andere Personen, die des Schulwesens kundig sind, zur ehrenamtlichen Mitwirkung herangezogen werden,
3. der Schule der durch ihre Eigenart bedingte Schutz vor zu weitgehender Einseitigkeit verbleibe, die durch die jetzt bis zu einem gewissen Grade in der Bezirksverwaltung durch die kollektive Verwaltung der Abteilungen für Schulen und Schulwesen gewährt ist, mindestens erhalten bleibe und daß deshalb diese Abteilungen nur unter der Bedingung beständig werden, daß sie für ein nach dieser Richtung hin vollwertiger Erfolg geschaffen werde,
4. die hauptamtliche Kreischauspektion durch Sachverständige, die sich im Dienste der Volksschule praktisch bewährt haben, zur allgemeinen Durchführung gelange, daß aber die Disziplinarbefugnisse dieser Inspektoren eine Erweiterung nicht erfahren.“

Von den Vertretern des Berliner Lehrervereins Pautsch und Menzel lag hierzu noch folgender Antrag vor: Die Vertreterversammlung bittet die Staatsregierung, Vertreter der Lehrerschaft bei den Beratungen zur Reform der Schulverwaltung zuziehen zu wollen. Ferner beantragte Günther (Berlin): Die Vertreterversammlung wählt die Frage der Verwaltungsreform zur Verbandsaufgabe des Preussischen Lehrervereins und beauftragt den geschäftsführenden Ausschuss, die sachliche Unterlage für die Beratung des Zweigvereins zugänglich zu machen.“ Nach dieser Anträge gelangten zur Annahme.

In Sachen der Wissenschaftsgebührentarife lagen Anträge der Zweigvereine Bielefeld, Wiesbaden und Frankfurt

vor. Die Hauptversammlung nahm hierzu folgende Resolution an:

„Die 2. ordentliche Vertreterversammlung des Preussischen Lehrervereins kann in der Festsetzung der den Volksschullehrern zu gewährenden Monatsgebührens, wie sie auf Grund des neuen Schulgesetzes durch die Provinzialräte erfolgt ist, eine befriedigende Regulierung dieser Angelegenheit nicht erblicken; sie erachtet, daß im Anschluß an die vorerwähnte im Jahre 1911 erfolgende Regelung des den preussischen Staatsbeamten zu gewährenden Wohnungsgeldzuschusses auch eine Revision der für die Lehrer geltenden Monatsgebührensangelegenheit stattfinden, durch welche die jetzt anzugetretenden Mängel beseitigt und die Monatsgebührensfrage so hoch bemessen werden, daß sie mindestens um ein Drittel höher werden, als die Wohnungsgeldzuschüsse für die Subalternbeamten des Staates, und daß endlich die dringenden Forderungen eine sofortige Abstellung erfahren.“

Das passive Votum der Lehrer behandelte ein Antrag Brandenburg. Hierzu beschloß man, den geschäftsführenden Ausschuss zu beauftragen, um Verlesung des passiven Gemeinbewusstseins an die Volksschullehrer im Petitionswege vorstellig zu werden. Zur Frage der Besoldung der Lehrergewinnanten und Lehrertarifen wurde folgender Antrag des rheinisch-westfälischen Zweigvereins angenommen:

„Der geschäftsführende Ausschuss wird beauftragt, bei dem Kultusminister und dem evangelischen Oberkirchenrat dahin vorstellig zu werden, daß die Provinzialinspektoren beauftragt werden, soweit dies noch nicht geschehen ist, in ähnlicher Weise, wie es das Konfessionsrat der Provinz Sachsen in seiner Besoldung vom 21. Oktober getan hat, bestimmte gebührende Vorstöße für die Besoldung der Organisten, die monatlich einmal Gottesdienst halten und für die Begräbnisgebühren der Lehrer ohne Rücksicht auf zu machen.“

Weiterhin beschloß die Hauptversammlung, Schritte zu tun, daß für die Provinzen Posen und Westpreußen ein Schulunterhaltungs-gesetz erlassen wird, in dem die Zugehörigkeit des Lehrers zum Schulort oder zur Schuldeputation in derselben Weise geregelt wird, wie in dem für die anderen Provinzen geltenden Schulunterhaltungs-gesetz. Hierfür ereignen die Verhandlungen mit der einstimmigen Wiederwahl des Lehrers Reismann-Magdeburg als Vorsitzender ihr Ende.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 30. Dezember.

Schneesturm mit Gewitter.

Der Witterungswechsel, den bereits am Heiligabend ein tiefer Hof am den Mond ankündigte, trat gestern zwischen sechs und sieben Uhr abends ein. Die Temperatur sank, und ein wilder Nordweststurm, eifige Schneemassen daherkommend, tobte durch unsere Straßen. In kurzer Zeit waren die Passanten weit gestäubt, und die insofern des bisherigen milden Wetters stark belebten Straßen und Plätze nahmen in kurzer Zeit einen eiden, frostigen Charakter an.

Zu der neunten Stunde bot sich ein gar seltsames Bild. Während Sonne und Regen, sturmgepeitelt niederfallend, stammten am dunklen Nachthimmel Wölke auf, und dummer Donner rollte. Abgesehen von der Zusammenstellung, eine für die jetzige Jahreszeit ganz ungewöhnliche Erscheinung.

Was mag uns der heurige Winter, der so gar nicht Ernst machen will, noch alles für Absonderlichkeiten zugeführt haben?

Die Vereinfachung der städtischen Verwaltung

wird in vielen Städten, so z. B. in Berlin, ernsthaft angestrebt, ohne daß man bis jetzt über kleine Verbesserungen hinausgekommen wäre. In Leipzig hat nun kürzlich der Rat und das Polizeiausschuss eine Maßnahme getroffen, die vielleicht erheblich zur Vereinfachung und Vereinfachung der städtischen Verwaltung beitragen kann.

An alle städtischen Beamten und Hilfsarbeiter ist die Aufforderung ergangen, aus ihrer Kenntnis der Verhältnisse heraus geeignete Vorschläge zur Geschäftvereinfachung zu machen, da, wie in der Aufforderung gesagt wird, jeder einzelne der Angestellten in der Lage sei, innerhalb seiner Tätigkeit Erfahrungen zu sammeln. Damit recht viele Beamte sich beteiligen, und damit sich auch niemand scheue, seine Ansicht offen auszusprechen, ist bestimmt worden, daß die Vorschläge ohne Namenennung in einem mit Kennworten versehenen Briefumschlag einzureichen sind. Für zweckmäßige Vorschläge sollen Prämien bis 100 Mark gewährt werden.

Das Leipziger Beispiel verdient auch in Halle Nachahmung.

Jahresbericht der Handelskammer.

Die Handelskammer hat in diesen Tagen die Fragebogen zur Gewinnung von Material für ihren Jahresbericht verhandelt.

Die Formulare enthalten ein Schreiben, worin die kaufmännischen Firmen ersucht werden, der Kammer in Verantwortung des Fragebogens die geschäftlichen Erläuterungen über das Kalenderjahr 1909, sowie Wünsche und sonstige Ausführungen in Bezug auf ihren Geschäftszweig möglichst vollständig mitzuteilen. Für die bisherige bereitwillige Unterstufung spricht die Handelskammer ihren Dank aus und wiederholt ihre Zufriedenheit, daß sie die ihr überlassenen Geschäftsbereiche und statistischen Angaben unter größter Verschwiegenheit betriebs der Person des Berichterstatters aufbewahren und gewissenhaft verarbeiten wird.

Firmen, von denen verwendbare Angaben gemacht werden, erhalten ein Exemplar des gedruckten Jahresberichts nach Fertigstellung wie bisher kostenfrei zugestellt. Jede sachgemäße Ausführung über Lage von Handel, Industrie und Gewerbe ist willkommen.

Die kaufmännischen Firmen haben es durch die umfangreiche Erhebung in ihrer Hand, daß ihre geistliche Interessenvertretung den Staatsbehörden und der Öffentlichkeit einen den wirklichen Verhältnissen möglichst genau entsprechenden, die Anschauung der kaufmännischen Kreise gutten wiedergebenden und den hervorzuhebenden Bedürfnissen Rechnung tragenden Bericht erstattet. Es sollte daher keine Firma die Gelegenheit, auch ihre Stimme zu Gehör

zu bringen, verflümen. Sollte einer Firma ein Fragebogen nicht zugegangen sein, so wird ihr auf Verlangen vom Sekretariat der Handelskammer Halle, Handelsstraße 5, ein solcher bereitwillig zugestellt werden. Zur Ermöglichung tunlichst baldiger Fertigstellung des Jahresberichtes ist es erwünscht, daß die Firmen die Fragebogen möglichst bald ausfüllen und sofort an die Handelskammer zurücksenden.

Ein erstes Aeroplan-Projekt.

Wie aus vorbestimmter Seite mitgeteilt wird, sind die Arbeiten für den Bau eines Aeroplan nach dem System „Haves“ soweit geendet, daß Anfang Februar die ersten Flüge stattfinden können. Die Firma Automobilwerk Kauer, Verkehrsstraße 97, hat den Bau des Fliegers übernommen. Dieser Flieger ist bereits durch den Bau eines Luftzweigers von 250 HP bekannt geworden.

Der Aeroplan wird als Eindecker gebaut und ruht auf Rädern. Der langgestreckte Körper trägt vorne die Hauptantriebsmaschine sowie seitlich zwei oder vier Motorvorrichtungen. Tragflügel und Stabilisierungsflügel sind stabil. Das Höhensteuer liegt zwischen Hauptantriebsmaschine und Tragflügel. Die ganze Länge des Fliegers soll 14 Meter betragen, die Tragflächen haben einen Flächeninhalt von ca. 30 Quadratmetern. Die Flügel werden von dem Erfinder Herrn Paul Haves, Halle a. S., ausgeführt; es ist geplant, die einzelnen im kommenden Jahre arbeitenden Flugmaschinen zu beschaffen.

Die fabrikmäßige Herstellung der Flieger soll hier nach Erprobung des ersten Apparates in Angriff genommen werden.

Im Interesse unserer viel geplagten Briefträger, dann auch im Interesse der Adressierten liegt es, wenn die Absender der neujahrlichen Glückwünsche nicht nur recht heftig abzurufen, sondern auch Karten zu nummerieren und Etage des Empfängers auf Briefen und Karten angeben. Manche vergessliche Käufer in diesen ohnedies nicht arbeitsarmen Tagen und manche Verzögerung in der Zustellung kann durch die selbstig selbstverständliche Beobachtung dieser Vorschriften erpart werden.

Die Standesämter sind Freitag, den 31. Dezember bis nachmittags 2 Uhr, Sonnabend, den 1. Januar, vormittags, von 8½ bis 9½ Uhr zur Anmeldung von Sterbefällen geöffnet.

Schulbestimmungen. Mit dem Neujahrstage treten die wiederholt erwähnten Schulbestimmungen für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in Kraft. Damit greifen in der Beschäftigung der gen. Arbeiterkategorie diejenigen Einschränkungen in Kraft, die der Reichstag im Herbst 1905 gegen den schärfsten Widerspruch der Industrie beschlossen hat. Die neuen Vorschriften, die an die Arbeiter-Verordnung usw. erinnern, treten für alle Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern in Kraft, auch wenn diese Betriebe bisher nicht als Fabriken anzusehen waren. Diejenigen, die es angeht, müssen sich mit den sehr detaillierten Bestimmungen sogleich bekannt machen, wenn sie nicht strafbar werden wollen.

Der neue Herr von Ernst von Willenbrück ging gestern abend im Stadttheater als letztes Stück im Hoftheater nach längerer Pause, in Szene. Trotz seiner ausgesprochenen Theatralität, trotz seiner großen Mängel und Schwächen vermochte das Landstüchtheater, wie man es auch nennen könnte, doch gerade durch seine emphatischen, auf Höflichkeit allein gerichteten Töne überaus zu wirken. Das Haus, das auch im ersten Rang fast ausverkauft war, bezeugte der lebendigen, von Schollingshoffer Regie bewegten Darstellung sein lebhaftestes Interesse und gab seiner Anerkennung durch lauten, herzlichen Beifall Ausdruck. Nach dem dritten, vierten und fünften Bilde mußte sich der Vorhang wie Male heben. Am die Aufführung verdient machten sich besonders Herr Dr. Tindall als feurig jugendlicher Friedrich Wilhelm, Herr F. v. d. Hoff als der wilde Hagen, sowie die Herren Flegel, Schilling, Thies in den anderen Hauptrollen. Einziger Fehler Geiß heftete das Ganze, der verdiente Held Friedrich Wilhelm stand über dem Spiel. Es mochte ein harter Sturz des Lebens über die Bühne und rief alle mit. — Wir werden dem „neuen Herrn“ öfter sehen! Einsetzen über die wohl-gelungene, wirksame Aufführung in der Abendnummer.

Der Vorstand des Verbandes mittlerer Reichspost- und Telegraphen-Beamten veröffentlicht in der letzten Nummer der „Deutschen Postzeitung“ eine Aufforderung an diejenigen Mitglieder, die gleichzeitig den gemäßigten Gewerkschaften angehören, binnen drei Monaten aus den anderen Organisationen auszuscheiden oder den Ausschluß aus dem Verbande und damit den Verlust aller Ansprüche an das Vermögen und die Wohlfahrtsanstalten des Verbandes zu gewärtigen, da die Zugehörigkeit zu anderen politischen Parteien, die ähnliche Ziele verfolgen wie der Verband, mit der Verbandsmitgliedschaft unvereinbar und deshalb nach den Statuten verboten ist. Gegen die dem Verbande angehörenden Führer und Gründer der Oberassistentenvereinigungen ist der Ausschluß durch einstimmiges Urteil des Exekutivrates bereits verhängt.

Zubiläum des 72. Der. Das 4. Thüringische Infanterie-Regiment Nr. 72 feiert am 16. bezw. 18. August 1910 das Zeit seines fünfzigjährigen Bestehens. Die Hauptfeier für sämtliche Offiziere und Mannschaften findet am 16. August 1910 in der Garnison Torgau statt. Denjenigen Mannschaften, die sich an der besonderen Feier des 3. Bataillons am 18. August 1910 in Weizburg bei ihren alten Kompagnien zu beteiligen wünschen, bleibt dies freigestellt.

Christlicher Verein junger Männer. Weizburg. 29. Im Freitag abend 9 Uhr findet im Saal des Vereines eine Silvesterfeier für Mitglieder und Gäste statt. — Am Samstag, den 1. Januar, abends 10 Uhr ist eine Neujahrsparty angesetzt. Jeder junge Mann hat freien Zutritt.

Provinzial-Nachrichten.

Kommunalar Konflikt.

Jena, 28. Des. Das Hofwasser der Lenze riefte am 27. September großen Schaden an. Wenige Tage darauf bewilligte der Gemeinderat 10 000 Mk. zur Beseitigung von Arbeiten,

die zur Abstellung unmittelbarer Gefahren geeignet sein sollten. Das Stadhauptamt oder nach eigener Maßvollkommenheit große Uferdamm- und Kanalisationsbauten vor, deren Kosten sich auf über 70 000 Mk. belaufen. Auf Einpruch von Gemeinderatsmitgliedern wurden die Arbeiten eingestellt, und heute kam die unerquickliche Angelegenheit vor die Deffinitivität in der Stadtvorordnetenversammlung.

Der Gemeinderat gab eine Erklärung zu Protokoll, wonach zugehört wird, daß das angegebene Verfahren nicht einwandfrei ist, er dat um Entschädigung und suchte schließlich im Indemnität nach. Der Gemeinderat begnügte sich aber mit dieser Erklärung nicht, sondern nahm eine Erklärung an, in der es heißt: Der Gemeinderat spricht sein Bedauern aus, daß durch die Geschäftsführung des Gemeinderates und durch die Außerachtlassung der Rechte des Gemeinderates die Interessen der Stadt auf das schwerste gefährdet sind; er nimmt zur Kenntnis, daß der Gemeinderat unter Anerkennung der Fehler die bestimmte Erklärung abgegeben hat, daß künftighin nach der Gemeindeordnung, dem Ortsstatut und der Geschäftsordnung verfahren wird. Die ausgeführten Arbeiten und Pläne über die Fortführung zu genehmigen und die entstandenen und noch entstehenden Kosten zu bewilligen, ist er jetzt nicht in der Lage.

Keine Giehung-Gefahr.

Torgau, 29. Des. Das Malbau-Eis, das von Prag signalisiert wurde, ist gestern mittag um 1 Uhr ab, durch die wärmere Bitterung in kleinere Schollen verteilt, an unserer Stadt vorbeigezogen. Gegen abend war der Strom wieder nahezu eisfrei.

Das Wasser steigt vorerst festig; die jenseitige Elbaue ist bereits teilweise überschwemmt.

Selbstmord eines Fülliers.

Hannover, 29. Des. Hier hat der Füllier Roth von der 2. Kompanie des 73. Infanterieregiments, Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns aus dem Borort Döhren, Selbstmord verübt, indem er sich vor dem Hause des Vaters seiner Braut eine Kugel durch den Kopf schoß.

Der Grund der unglücklichen Tat ist Liebeskummer.

Größh, 28. Des. Die Jagdgerichte (Teil) der hiesigen Gemeinde wurde für 1420 Mk. dem Gutsbesitzer Paul Bohring hier zugesprochen. Der frühere Höchstpreis betrug 840 Mk.

Helba, 29. Des. Der am Montag hier gefundene Luftballon ist zwischen Lohmisch und Böhmung gelandet. Er war in Göttingen aufgeblasen und mit 4 Hennen besetzt.

Eisenach, 29. Des. Regierungspräsident von Eisenhart-Rothe überreichte hier bei seinem Besuch unterm scheidenden Oberbürgermeister Weidner den Kronenorden 2. Klasse.

Groß-Weisdorf, 29. Des. (Verschüttet.) Auf Gewerkschaft Minna Anna wurde heute früh 4 Uhr beim Schlagen von Kohlen der Arbeiter Schönau durch Bruch verschüttet und sofort getötet.

Eisenach, 28. Des. (Schlimmer Ausgang.) Einige Tage vor Weihnachten geriet ein hiesiger Fleischermeister in einer Gattinwirtsch in Hereshäuschen mit einem Flurhüter in Streit und mißhandelte ihn dazwischen, daß er jetzt im Diakonishaus, wohin der Verletzte gebracht wurde, stirbt. Der Verletzte hinterläßt eine Witwe mit sechs unersorgenen Kindern.

Koburg, 28. Des. (Ein eigentümliches Geschehnis) fuhr kürzlich durch die Straßen unserer Stadt. Es war wohl der erste Luxusmotorwagen mit Motorbetrieb in Deutschland und vielleicht der erste seiner Art auf der ganzen Welt. Steht er doch eine Vereinerung eines Wohnhauses mit einem Auto dar, weshalb es der Erfinder — ein Einwohner Koburgs — Wohnhaus nennt. In kurzer Zeit kann das einem geschlossenen Omnibus gleichende Gefährt in ein komplettes kleines Wohnhaus mit mehreren Abteilungen umgewandelt werden.

Gotha, 29. Des. (Zur Verhütung des Einbrechers Hermsdorf) teilen die „M. N.“ noch mit: Das Befinden des Kriminalratweilers Jörg, der am vorigen Freitag in einer Wirtshaus am Marienplatz bei der Verhaftung des Einbrechers Hermsdorf durch einen Schuss am Oberschenkel schwer verletzt wurde, ist den Umständen nach gut. Hermsdorf geht zwar verschiedene Einträge zu, doch macht er über seine Komplizen, der sich wohl in zwischen in das Ausland begeben hat, keine Angaben. Fest steht, daß er diesen nicht erst in München kennen gelernt hat, sondern daß beide vom Elsaß aus nach Weimarn kamen. Der Missethäter stammt anscheinend aus dem Württemberg.

Das Berliner 6 Tage-Rennen.

Seit Dienstag mitternacht hat sich wenig geändert: die Reihenfolge ist fast die gleiche geblieben; nur daß statt acht bloß noch sieben in der Spitzengruppe liegen. Da Reittisch ausgegeben hatte, so bildeten Egipte-Bettinger (unter Nr. 6) ein neues Paar. Gegen 2 Uhr morgens mußte auch der völlig erschöpfte Bader aufgeben; sein Vertreter Egiptenbacher der mehrfach Vorzüge unternehmen hat, ohne freilich bei Bader die gehörige Unterstützung zu finden, bildet mit Rudel eine neue Mannschaft, den Lehmer, der von Wagenkrämpfen befallen wurde, in Stich gelassen hat. Gestern, im Laufe des frühen Morgens, so sich das Rennen noch weit entfernter zeigte als in den vorgetragenen Nachmittagsstunden, bildeten Lehmer-Bader (unter Nr. 11) und Tabernard-Reittich (unter Nr. 5) Erstagmannschaften.

Während noch in den ersten Morgenstunden ein beglückter Sportfreund einige „Bläulinge“ operierte, um die Adler zu eifrigerem Vorgehen anzuportieren, schloß es gestern normittag an solchen „Anregungen“. Manche der stumpfsinnig die Redale tretenden Fahrer sehen recht übermüdet aus und schauen schieflich nach Abwärtung aus trotz aller Ermunterungen ihrer Manager. Im 12. Uhr mittags (38. Stunde) war der Stand folgender: In der Spitzengruppe liegen Stellbrint-Contenei, Witt-Carl, Koal-Fogler, Stot-Walkfow, Periket-Frocco, Schuermann-Wegener, Stabe-Pawle. Eine Runde liegen zurück: Lehmer-Rudel, zwei Runden Dente-Ball, sieben Runden Ruser-Carapezi, Bettinger-Schilpe, 20 Runden Kevela-Krupnikow, 22 Runden Conrad-Althoff. Es werden 26,55 Kilometer zurückgelegt. In der 39. Stunde, die je einformig wie die anderen Vormittagsstunden verläuft, hat sich an dieser Reihenfolge nichts geändert; nur die zurückgelegte Kilometerzahl — 25,95 Kilometer — hat sich ein wenig ge-

ändert. Insgesamt sind bis 1 Uhr mittags 1160,95 Kilometer zurückgelegt.

Letzte Nachrichten.

Rußland und die „Anhalt“-Affäre.

Petersburg, 29. Des. Die „Kowoje Wremja“ macht wegen der Affäre des Damjers „Anhalt“ gemäßigten Raum. Sie fragt: Wie ist es überhaupt möglich, daß es zu einem derart unerhörten Skandal gekommen ist. Ist etwa Rußland ein einkaufener Strafing, daß es zu einer solchen Erniedrigung wie der Beschlagnahme russischer Staatsgerichte kommen konnte? Das Verhalten der deutschen Behörden in dieser Hinsicht entspricht von Anfang bis Ende nur sehr schwach jenen Versicherungen über gutnachbarliche Gefühle, von denen der deutsche Reichsstatthalter von der Tribüne des Reichstages herab zu berichten wußte. Für dieses Mal sind die süßen Töne der Sittenflehde verstummt und man hat statt der Worte eine Tat gesehen. Auch eine Art der Offenheit!

Beilegung des „Anhalt“-Wissensfalls.

H. Petersburg, 29. Des. Gerichtswesen verläuft, daß der Streitfall in Saden der Beschlagnahme der bei dem Bankhaus Wendelssohn u. Co. deponierten russischen Staatspapiere im Betrage von vier Millionen Rubel einem Schiedsgericht übergeben werden wird.

Der neue Großvezir.

H. Konstantinopel, 29. Des. Der Vorkäufer Hakti Bey hat das Großvezirat angenommen. Man darf vom deutschen Standpunkte aus den neuen Großvezir mit berechtigter Sympathie begrüßen.

Verluste des Sozialismus in Südungarn.

H. Budapest, 29. Des. In Südungarn, wo der Sozialismus bisher einen starken Anhang hatte, beschließt die sozialdemokratische Partei sich aufzulösen und die Propaganda nur noch in freien Organisationen fortzuführen. Nach einer Meinung des „Egypci“, eines Organs der Unabhängigkeitspartei, also eines freisinnigen sozialistischen Blattes, beschloß die sozialistische Partei in Südungarn vor drei Jahren 16 000 Mitglieder und jetzt zählt sie dort nur noch 720.

Barbarische Mordtaten.

H. Budapest, 29. Des. In der Judenschaft in Bözögy bei ein Mord mit dem Wirtschaftsjournalisten wegen einer Nachlässigkeit zurechtgewiesen worden. Wirtshausbesitzer fürchte sich der Mord auf den Wirtshaus und sich ihm die Futtergabe durch den Kopf. Der Wirtshaus hatte in der Fabrik vor mehreren Jahren schon einmal in Zählern einen Totschlag verübt und wurde nach Abführung einer mehrjährigen Kerkerstrafe erst vor kurzem gnadenlos von der Fabrik wieder aufgenommen. Der Ermordete war der einzige Sohn eines reichen Grundbesitzers und vertrat nur ausschließlich den Bewalter während der Weihnachtsferien — in Nagymorod erschlug der Bauer Kramanovics bei einem Wirtschaftskreis seinen Freund Kojcsanyi mit einer Keule.

Eine Massenkindesmörderin.

H. Budapest, 29. Des. In der Ortschaft Merszalca in Lemler Komitat fand man bei der Untersuchung eines Brennens auf dem Grunde 6 Leichen von Kindern, die gleich nach ihrer Geburt in den Brunnen geworfen worden sind. Die behördliche Untersuchung stellte fest, daß die Tochter eines reichen landbesitzenden Bauerngutsbesitzers, die vor kurzer Zeit nach Amerika durchgegangen ist, die Mutter und Mörderin aller dieser Kinder war.

Kampf russischer Kolonialtruppen.

H. Paris, 29. Des. Der Militärkommandeur des Tschadgebietes berichtet, daß eine französische Truppe am 27. November einen Kampf gegen mehrere hundert Eingeborene zu bestehen hatte. Die Franzosen verloren zwanzig Schützen an Toten und Verwundeten; ein Offizier ward verwundet. Das feindliche Lager wurde zerstört.

Neues von der Pariser Vergiftungsaffäre.

H. Paris, 29. Des. Die Untersuchung in der Vergiftungsaffäre, wobei der Opernsänger Godard eines Lebens fand, ergab, daß die schuldige Verkäuferin des Louvrezeitungsmagazins allem Ungehörigen nach nur teilweise verantwortlich ist und auf ihren Besitz zu prüfen und geprüft werden muß. Sie hat verschiedene Verleumdungen gemacht, Personen ihrer Umgebung zu vergiften. Wie weiter festgestellt ist, war sie eine eifrige Schreiberin in anonymen Briefen. Man glaubt auch, daß noch andere Personen ihr zum Opfer gefallen sind. Die Untersuchung wird in diesem Sinne weiter fortgesetzt.

Stenidiel verhaftet!

Newburg, 29. Des. (Privattelegramm.) Gestern abend wurde in Burglax bei Hofhausen der Müllergeselle August Stenidiel, der eines Hausmordes und einer Brandstiftung halber seit vier Jahren hiesiglich verhaftet wird, verhaftet. Stenidiel hat in der Nacht zum 17. Juni 1908 den Hausmord an dem Weinbühnenbesitzer Knappe in Wagnitz i. Schl. begangen und das Schloß in Brand gesetzt.

Unterhaltungsblatt.

Rehabilitiert! Roman von Josef Buchhorn. (Fortf.) — Ein gemäßigter Abend. Eine Silvesterhumorstele von Hans Budwig zur Nehe. — Kunst und Wissenschaft. — Theater und Musik.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinmann; für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Erich Poikow; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Literaturteil: Friedrich Endrath; Druck u. Verlag von Otto Hendel.

Sämtlich in Halle a. S. — Dies Nummer umschließt 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

